Leiden Trost, für ihre Seele Heil und Hülfe werden soll im Gotteshause. Wohnen doch gerade hier so viel Menschen, die ihr Glück erst suchen, solche, die in angestrengter Arbeit halb verzweifelt um das Dasein ringen, auch solche, deren Lebensschiff bereits gescheitert, deren Lebensglück zerbrochen und zerstört ist. Nicht nur ihre weinenden Augen fragen: „Weß soll ich mich trösten?“ sondern im Grunde steht dieselbe Frage in eurer aller Augen. Ich lese sie in den Augen eurer lieben Kinder, eurer nach Glück begehrenden Söhne und Töchter, eurer unter der Last der Sorge ringenden Väter und Mütter, eurer Kranken und Sterbenden: „Weß soll ich mich trösten?“ Die Antwort geben nicht die leidigen Tröster deren falsche von Haß getränkte Worte euch immer tiefer in das Elend treiben. Die Antwort, die eine Königliche Hand in diese Bibel eingeschrieben, sie heißt: „Herr, ich hoffe auf Dich!“ Von heute an soll diese Hoffnung sich hier erfüllen. Denn heute kommt Er, aller Völker Trost, in welchem Glück und Heil beschlossen ist, und will sein Wort erfüllen: „Wo ich meines Namens Gedächtniß stiften werde, da will ich zu euch kommen und euch segnen.“ Und wir bitten, daß Er seinen Knechten geben wolle mit Freudigkeit zu reden sein segenbringendes Wort; denn eher wird es nicht licht und hell in Herzen und Häusern, eher hat unser armes Volk keine wahre Freude, bis es wieder erkennt, was Segen ist, bis es sich freuen lernt nicht nur an Geld und Verdienst, sondern an Gottes Segen. Bei Geld und Verdienst kann der Mensch bitter und gehässig bleiben, weil er unglücklich und unzufrieden ist. Bei Gottes Segen nicht. Wo kommt der Segen her? Das sollte billig im deutschen Volke jeder wissen; denn in unserer Sprache ist das Wort von signum abgeleitet und das heißt das Zeichen des Kreuzes. Am Kreuz ist der Fluch für uns getragen und vom Kreuz steigt die versöhnende Liebe nieder und bringt die Hülfe gegen Sünde und Elend: den Segen mit. So wahr Er am Kreuz gestorben ist und den Fluch getragen hat, so wahr will Er allen Unsegen von allen Häusern dieses Ortes nehmen. Und so wahr Er lebt und reich ist über alles, will Er euch alles geben, was für Leib und Seele noth ist. Wenn der gesegnete Name Sein ausgebreitet wird mit seinen Kräften, wie eine ausgegossene Salbe das Haus erfüllt mit ihrem Duft, dann werden jene Leute auch hier geboren, welche mitten durch dies Jammerthal gehen, nicht mit Murren und Klagen, sondern die unter dem Seufzen der Kreatur und dem Murren einer unzufriedenen Welt das Pilgerlied anstimmen: „Gelobt sei Gott, der uns gesegnet hat mit allerlei geistlichem Segen in Christo.“ Von diesem wunderbaren Troste redet denn ihr Knechte des Herrn in der Erfahrung und der Kraft des Glaubens! Dann wird von jener Kanzel die Taube mit dem Oelblatt Frieden und Freude in die Herzen und Häuser tragen. Um diesen Segen betet am Altar mit Glaubenstreue, dann werden die Fenster des Heils sich aufthun und Ströme der Gnade sich ergießen über diesen Ort! Den Segen spendet in dem heiligen Sakramente nach der Einsetzung des Herrn, und man wird spüren, daß Er selbst darin verborgen ist. Nehmt ihn mit, geliebte Gemeindeglieder, und schließt ihn nicht in dieser Kirche zu! Laßt alles hier, was euch von Gott trennt und an die Sünde binden kann. Laßt nichts hier, was euch von dem Unglück erlösen und mit Gott verbinden kann. Dann ziehen Segensmenschen aus der Segenskirche durch eine arme, ach so hülfsbedürftige Welt. Wenn ihr es dann der ganzen Welt durch Liebe, Friede und Freude gezeigt habt, daß ihr gesegnet seid, dann wird es einst der Herr dem ganzen Himmel zeigen und vor allen Engeln zu euch sprechen: „Kommet her zu mir ihr Gesegneten meines Vaters! Ererbet das Reich, das euch bereitet ist von Anbeginn der Welt!“ Solches alles zu erlangen, laßt uns jetzt inbrünstig mit einander beten!“

Hierauf folgte das Weihegebet.

Der Gemeinde-Gesang „O heil'ger Geist, kehr' bei uns ein“ leitete zum Gottesdienste über. Die Liturgie hielt Diakonus Boehm, die Predigt Pfarrer Schelk über 1. Mos. 32, 26.

Gebet, Vater-Unser und Segen sprach Generalsuperintendent D. Braun; dann erreichte der Gottesdienst mit dem Choral „Nun danket alle Gott“, mit Orgelspiel und Glockengeläute sein Ende.

Ihre Majestät hat der Segenskirche die Altarbibel und das Kanzel-Gesangbuch geschenkt. In die ersteren hatte die Kaiserin die Worte aus 1. Mos. 32, 26 eingetragen: „Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn,“ die auch den Grundtext für die Predigt bildeten.

Aus Anlaß der Weihefeier sind folgende Auszeichnungen verliehen: Es erhielt Präsident Wevmann die Königliche Krone zum Rothen Adler-Orden 2. Klasse; Maschinen-Fabrikbesitzer Hoppe den Kronen-Orden 3. Klasse; Rentier Heckel und Hofmaurermeister Stargardt den Kronen-Orden 4. Klasse; Hauptlehrer Stampa den Adler der Inhaber des hohenzollernschen Hausordens; Maurerpolier Naschke und Geselle Schultze das allgemeine Ehrenzeichen.

Landtags-Nachrichten.

— In Breslau starb am 9. d. M. im Alter von 81 Jahren der Ober-Regierungsrath a. D. Friedrich Bergenroth, der als Regierungsrath in Gumbinnen 1867—69 den Wahlbezirk Angerburg-Lötzen in der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses vertrat, 1869 zum Ober-Regierungsrath in Stralsund ernannt und später in gleicher Eigenschaft nach Posen versetzt wurde, wo er gleichzeitig als Direktor des Landarmenwesens fungirte.

Marienwerder, 13. November. Für die in unserm Wahlkreise nothwendig gewordene Ersatzwahl eines Landtagsabgeordneten ist der Termin zur Abhaltung der erforderlichen Wahlmännerwahlen auf Montag, den 5. Dezember, und der Termin zur Vornahme der Wahl des Abgeordneten auf Montag, den 12. Dezember anberaumt worden. Zum Wahlkommissar ist der Landrathsamtsverwalter, Regierungs-Assessor Dr. Brückner hierselbst, ernannt. (N. W. M.)

Ratibor, 13 November. Das Befinden des Herzogs von Ratibor hat sich soweit gebessert, daß er den Vorsitz im Herrenhause bei der nächsten Tagung übernehmen kann. (K. Z.)

Deutschland.

Berlin, 15 November.

— Im Brandenburgischen Provinzial-Ständehause haben heute die diesjährigen Verhandlungen des preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums begonnen.

— Freiherr v. Münch, der Reichstags-Abgeordnete für den 8. württembergischen Wahlkreis, will sein Mandat niederlegen. Er thut diese Absicht kund in folgender Erklärung an seine Wähler: „Auf die wiederholte Weigerung der Partei-Vertrauensmänner mir Gelegenheit zu geben, die Gründung eines Bezirksvolksvereins Freudenstadt zu empfehlen, und das an mich gestellte Ansinnen mich Herrn Payer zu unterwerfen, da eine Versammlung von mir gewünscht werden würde, wäre die Niederlegung des Mandats, die meinem Empfinden und meinem persönlichen Interesse entsprechendste Antwort gewesen. Die große Mehrzahl meiner Wähler, welche sich nicht derart von mir abwendete, hat aber den Anspruch, daß ich noch meine Stimme gegen die Militärvorlage abgebe, und ich möchte diese Pflicht allem voranstellen. Am Tage der Abstimmung über die Militärvorlage wird der Reichstag aufgelöst werden, oder werde ich, falls die Vorlage durchgeht, das Mandat niederlegen. Eine Kandidatur im 8. württembergischen Wahlkreise bei der nächsten Wahl werde ich alsdann unter keinen Umständen wieder suchen noch annehmen. Um keinenfalls einer Zweideutigkeit geziehen zu werden, erkläre ich dasselbe bezüglich einer Wiederwahl.“

— Dem Bundesrath ist ein Antrag Baierns in Gestalt eines Gesetzentwurfes zugegangen, welcher die Abänderung der Gewerbeordnung in Bezug auf den Hausirhandel bezweckt und Beschränkungen desselben anstrebt. Folgendes sind die wichtigsten Bestimmungen des Antrages: „Der Hausirschein, der für die Dauer des Kalenderjahres ertheilt wird, berechtigt den Inhaber, sein Gewerbe im Umherziehen im Bezirke derjenigen Behörde zu betreiben, die den Wandergewerbeschein ertheilt hat. Zur Ausdehnung des Wandergewerbescheins auf einen anderen Bezirk ist die Zustimmung der zuständigen Behörde des anderen Bezirks erforderlich. Die Ausstellung der Scheine kann auf kürzere Zeit als für das Kalenderjahr oder für bestimmte Tage während desselben erfolgen. Soweit das Feilbieten von geistigen Getränken im Falle besonderen Bedürfnisses vorübergehend gestattet wird, ist die räumliche und zeitliche Beschränkung der Erlaubniß im Wandergewerbeschein anzugeben. Die Ausdehnung kann versagt werden, wenn in dem betreffenden Bezirk kein Bedürfniß besteht oder eine entsprechende Anzahl von Wandergewerbescheinen bereits ertheilt oder auf den betreffenden Bezirk ausgedehnt ist.“ Der Gesetzentwurf, dessen Einführungstermin offen gehalten ist, bezweckt (wie die „Voss. Ztg.“ bemerkt) also: Beschränkung des Hausirhandels auf einen bestimmten Bezirk und Abhängigmachung der Ertheilung des Hausirscheines von dem durch die zustehenden Behörden festzustellenden Bedürfniß.

Frankfurt a. O., 14. November. [Dienst-Jubiläum.] Am Sonnabend beging der Königliche Regierungs- und Forstrath Schoenian sein 50jähriges Dienstjubiläum. Vormittags 11 Uhr erschien der Regierungs-Präsident v. Puttkamer in Begleitung des Oberforstmeisters Guse, sowie der übrigen Ober-Regierungsräthe und Forsträthe in der Wohnung des Jubilars und überreichte demselben den ihm verliehenen Rothen Adlerorden vierter Klasse mit der Schleife und der Zahl 50. Die Deputation überbrachte ferner die Glückwünsche sämmtlicher Mitglieder der Regierung und eine Ehrengabe, bestehend in einem kostbaren Tafelaufsatz. Um 12 Uhr kam eine Deputation der Oberförster der Inspektion des Jubilars, um die herzlichsten Glückwünsche und einen prachtvollen Armleuchter zu überreichen. Auch das 3. brandenburgische Jäger-Bataillon, in das der Jubilar vor 50 Jahren eingetreten war, hatte den Kommandeur sowie einen Offizier gesendet, um den Glückwunsch sowie eine Bronze-Statue, einen brandenburgischen Jäger in der heutigen Equipirung darstellend, zu überreichen. (Frkf. O.-Z.)

gu **Wilhelmshaven,** 14. November. [Marine.] Die neue auf der Germania-Werft zu Kiel erbaute Dreischrauben-Korvette „Kaiserin Augusta“ wird am 17. d. mit Flaggen-Parade in Dienst gestellt und die Mannschaften am 16 d. von hier nach Kiel übergeführt. An Bord des neuen Kreuzers, welcher zunächst Probefahrten machen wird, sind der Kapt.-Lieut. Meyer I., Lieuts. z. S. Oré, Thyen und Kloebe kommandirt. — Der auf der Werft von Blohm u. Voß in Hamburg erbaute Kreuzer „Condor“ ist heute hier eingetroffen und wird in diesen Tagen von der Werft abgenommen. — Die Kreuzer-Korvette „Prinzeß Wilhelm“ hat heute Nachmittag auf der hiesigen Werft außer Dienst gestellt. — Der Inspekteur der Marine-Artillerie, Kontre-Admiral Thomsen, hat sich mit dem Aviso „Jagd“ nach der Rhede von Schillig zur Beiwohnung der Schießübungen des „Mars“ begeben.

Kiel, 14. November. [Nachurlaub.] Sr. K. H. Prinz Heinrich von Preußen ist ein Nachurlaub nach dem Großherzogthum Hessen bis 1. Dezember bewilligt. (Kiel. Z.)

Rudolstadt, 12. November. [Vom Landtag.] Dem hier versammelten außerordentlichen Landtag sind neuestens noch einige Vorlagen zugegangen, von welchen die Entschädigung für Hochwasserschäden und die Einrichtung der landesfürstlichen Wohnung, sowie die Bewilligung eines Witthums für die Fürstin bemerkenswerth sind. In der gestrigen Sitzung ertheilte der Landtag der Prüfung der Staatsrechnungen auf die Finanzperiode 1888 bis 1890 seine Genehmigung. Die Finanzlage ist günstig, über 100 000 M. beträgt der Ueberschuß, die Kammerschuld besteht noch rund mit 54 000, die Landesschuld mit 4 Millionen, welcher 2 155 000 M. Aktivkapital gegenübersteht. Im Laufe der Sitzung wurden einige kleine Vorlagen erledigt und eine solche über den Verkauf des Fürstlichen Schlosses in Könitz für 25 000 M. wegen der Frage über Berechtigung des Verkaufs an den Rechtsausschuß verwiesen. Auch an den hiesigen Landtag hat der deutsche Frauenverein sich um Errichtung eines Mädchen-Gymnasiums gewandt. (Hann. Kour.)

a **Schwerin,** 14. November. [Personalien. Konservativer Parteitag.] Der Staatsanwalt Flörke beim hiesigen Landgericht ist dem Vernehmen nach an Stelle des in den Ruhestand tretenden Landgerichtsraths v. Schöpffer zum Landgerichtsrath beim Landgericht in Rostock ernannt. — In der Vorstandssitzung des Kanalbauvereins zu Wismar ist der Kommerzienrath Konsul Podeus zum Vorsitzenden, Kammeringenieur Dolberg zu dessen Stellvertreter erwählt worden. — Zu dem in Berlin abzuhaltenden allgemeinen deutsch-konservativen Parteitag wird das Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin den „M. N.“ zufolge etwa 24 Deputirte zu entsenden haben. Auf jeden der 6 Wahlkreise werden also 4 Deputirte fallen. Ihre Bezeichnung — so bemerken die „M. N.“ weiter — wird durch die am 21. d. in Malchin tagende Generalversammlung des konservativen Landeswahlvereins geschehen. Selbstverständlich wird diese aber den bezüglichen Wünschen der Kreisvereine gern Rechnung tragen. Empfehlenswerth dürfte es sein, daß zu den mit einem Mandat für den Parteitag zu betrauenden Personen Männer aus allen Ständen erwählt werden, daß also namentlich das Handwerk und der Erbpächterstand Vertretung finden.

Oesterreichisch-Ungarische Monarchie.

* [Ueber die Auswanderungen] ruthenischer Bauern nach Rußland liegen nun, wie uns aus Lemberg berichtet wird, Ziffern vor, woraus ersichtlich ist, daß in diesem Jahre die Auswanderung gegen das Vorjahr bedeutend zugenommen hat. Es haben nicht weniger als 30 000 Personen ihre Wohnsitze verlassen. Indeß beweist diese Angabe doch nicht, daß die Auswanderung eine so hohe Zahl erreicht hat, denn in ihr sind auch jene mit einbegriffen, die ihre Heimath verlassen haben, um anderwärts Arbeit zu suchen und deren Rückkehr in Betracht zu ziehen ist. Von dem Verhalten Rußlands zu dieser Auswanderung wird versichert, daß es durchaus korrekt sei und ein Anlaß zu Klagen über dasselbe nicht vorliege.

Von der Balkan-Halbinsel.

* **Berlin,** 15 November. Zur Lage in Serbien wird uns geschrieben: Wiewohl es niemand möglich ist, heute schon ein Urtheil über die Aussichten der liberalen Partei bei den entscheidenden nächsten Skupschtinawahlen zu fällen, so ist doch nicht zu verkennen, daß sich zum mindesten die Aussichten der Radikalen in der letzten Zeit wesentlich verschlechtert haben. Wir legen kein Gewicht darauf, daß die Regierung und ihre Getreuen aus dem liberalen Lager die größte Zuversicht zur Schau tragen. Es ist dies im Interesse des Wahlsieges, den sie anstreben, ebenso nothwendig, wie daß bei jeder Gelegenheit betont wird, daß alle Anstalten getroffen seien, um Störungen bei den Wahlen zu unterdrücken und die Regierung über die hierfür erforderlichen Machtmittel verfüge. Solche Erklärungen haben in Serbien und auch in den anderen Balkanländern von jeher Eindruck gemacht. Die Gegner werden hierdurch entmuthigt, und die Schwankenden werden durch die Zuversicht, welche die Regierung an den Tag legt, ermuthigt, sich auf die Seite derselben zu stellen. Wir wollen ununtersucht lassen, wie viel bei den Mißtrauenskundgebungen gegen die radikale Gemeinde-Vertretung Belgrads auf Rechnung solcher Mittel zu stellen sei. Auch beweise der Sieg der liberalen über die bisher radikale Gemeindevertretung in Belgrad noch nichts für den Ausfall der Wahlen im Lande überhaupt. Allein nicht leugnen läßt es sich, daß die Bevölkerung immer mehr zu dem Bewußtsein der Enttäuschung gelangt, welche ihr die radikale Regierung bereitet hat. Von den Versprechungen der letzteren ist keine in Erfüllung gegangen, nirgends ist eine Besserung wahrzunehmen, fühlbar sind aber die Ergebnisse der schlechten Finanzwirthschaft. Dazu kommt noch, daß manche unsaubere Vorgänge ans Licht gezogen werden, daß über die Verwendung großer Summen Rechnungslegungen fehlen und daß die Fälle sich mehren, in welchen einzelne Personen, die durch ihre Stellungen als Vorstände der Gemeindevertretungen großen Einfluß auf die radikale Partei besaßen, unlauterer Handlungen überwiesen worden sind. Das kömmt selbstverständlich der liberalen Partei zu statten, und die Leiter der Wahlbewegung nützen dies zu Gunsten der Liberalen aus. Soweit nun all diese Momente in Betracht kommen, kann man allerdings sagen, daß sich die Wahlaussichten der Liberalen in dem Maße besserten, als sich jene der Radikalen verschlechtert haben.

* **Berlin,** 15. November. Wie uns aus Bukarest berichtet wird, schenkt man dort den Nachrichten, daß (wie schon vor einigen Tagen gemeldet) die russische Regierung Schritte wegen der Schiffbarmachung der Kiliamündung der Donau zu unternehmen beabsichtige, zwar Glauben, doch beruhen diese Meldungen bisher nur auf publizistischen Ankündigungen, wie solche auch in der „Nowoje Wremja“ enthalten waren. Mit einem thatsächlichen Schritte ist Rußland bisher nicht hervorgetreten. Daß der Vorfall in der Sulina-Mündung, betr. das Schiff „Olga“ der Gagarinischen-Gesellschaft zum Anlaß genommen werden könnte, die erwähnte Frage aufzurollen, wird hier entschieden in Abrede gestellt, da es sich bei diesem Vorfalle lediglich um eine Verletzung der Quarantänevorschriften handelte und auch die Unrichtigkeit der russischen Angabe erwiesen ist, daß sich das Schiff eines Unwetters wegen über die Quarantänebestimmungen hätte hinwegsetzen müssen, da an jenem Tage die See vollkommen ruhig war.

Die „Emser Depesche“.

Anläßlich der Bemerkung des Fürsten Bismarck in seiner neulichen Unterredung mit Hans Blum, er habe die berühmte Emser Depesche so redigirt, daß Moltke äußerte: „Zuerst war es eine Chamade, jetzt ist es eine Fanfare“, — ist diese Depesche wieder der Gegenstand von Erörterungen geworden. Insbesondere hat die sozialdemokratische Presse, welche von jeher behauptete, durch die Verbreitung derselben sei der Krieg von 1870 „frivol“ seitens des Fürsten Bismarck herbeigeführt worden, diese ihre Ansicht durch die jüngste Varziner Aeußerung bestätigt gefunden. Sie wird vermuthlich in demselben Sinne den folgenden Artikel zu verarbeiten suchen, den die „Hamb. Nachr.“ bringen:

„Die Vorgänge bei der Publikation der Emser Depesche sind aus bekanntem Anlasse in der Presse aufs neue diskutirt worden; dabei hat man das Verhalten des Grafen Bismarck häufig als eine bedenkliche und tadelnswerthe Sache dargestellt. Logisch wäre daraus zu schließen, daß alle diejenigen, die so sprechen, es lieber sehen würden, wenn der Krieg überhaupt nicht geführt worden wäre. Wenn Graf Bismarck damals durch die Veröffentlichung der Depesche darauf hingewirkt hat, die Franzosen bis zur vollen Uebernahme der Initiative und der Schuld am Kriege zu reizen, so glauben wir, daß der damalige Leiter der Politik sich damit um Deutschland wohl verdient gemacht hat. Wäre die französische Kriegserklärung damals nicht erfolgt, wäre der ganze Krieg unterblieben, so blieb die Thatsache bestehen, daß Deutschland in einer spanischen Angelegenheit von Frankreich grundlos bedroht, in öffentlichen französischen Verhandlungen beschimpft und herausgefordert war und sich vor diesen Drohungen und Beschimpfungen von seiner eingenommenen Stellung zurückgezogen hatte. Es wäre in eine ähnliche Lage gekommen, wie sie 1850 den nationalen und liberalen Politikern als das Ergebniß von Olmütz erschien. Thatsächlich wäre die Lage 1870 aber demüthigender gewesen, als die der Olmützer Zeit, weil in Olmütz Oesterreich im Bunde mit Rußland auftrat und der österreichischen Politik wirkliche österreichische Interessen zu Grunde lagen, während die französischen Herausforderungen 1870 rein muthwillig und händelsüchtig waren. Nur durch den gemeinsamen Krieg war die deutsche Einheit zu vollenden. Erfolgte der Kampf nicht, so hatte Norddeutschland eine schwere Schädigung seiner nationalen Ehre und seiner nationalen Aufgaben weg und konnte sich aus der ehrverletzten Lage, in die es gerathen war, nur durch Neuschaffung vielleicht ungeschickter Kriegsfragen retten, die nicht bloß im Auslande unverstanden geblieben oder unliebsam aufgenommen worden wären. Nicht um „den Krieg noch heißer zu entflammen“, wie sich ein nationalliberales Blatt ausdrückt, sondern um demüthigende Friedenssituationen und die Lahmlegung der nationalen Entwickelung zu hindern, und um diese nationale Entwickelung in den günstigen Weg gemeinsamer Kämpfe aller Deutschen gegen erneute französische Uebergriffe zu leiten, war der Krieg nothwendig. Wäre er unterblieben, und an seine Stelle ein fauler Friede mit Beibehaltung der Maingrenze getreten, so wäre damit auch die junge Blüthe des Norddeutschen Bundes wahrscheinlich geknickt gewesen, ohne die Frucht der Reichs-Einigung zu bringen.“

Am 13. Juli forderte bekanntlich die französische Regierung von dem norddeutschen Botschafter in Paris v. Werther, daß König Wilhelm an den Kaiser Napoleon einen Brief schreiben solle, des Inhalts, daß der König, indem er den Prinzen zur Annahme der spanischen Krone ermächtigte (!), nicht glauben konnte, den Interessen oder der Würde der französischen Nation zu nahe zu treten; der König schlösse sich der Entsagung des Prinzen an (!), und zwar mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß jeder Grund des Zwiespalts zwischen den beiden Regierungen nunmehr verschwunden sein würde. In demselben Sinne verlangte Benedetti in Ems von dem Könige, er solle die bestimmte Versicherung aussprechen, daß er niemals wieder seine Einwilligung geben werde, falls die fragliche Thronkandidatur jemals wieder aufleben sollte. Der König lehnte diese Zumuthung ab; er blieb hierbei, als Benedetti sie nochmals wiederholte, ließ demselben aber durch den Flügel-Adjutanten vom Dienst sagen, „daß Se. Majestät die Verzichtleistung des Prinzen Leopold in demselben Sinne und in demselben Umfange approbirt, in dem Se. Majestät dies vorher mit der Annahme dieser Kandidatur gethan hätten. In Betreff der Versicherung für die Zukunft könne sich Se. Majestät nur auf das berufen, was Allerhöchstderselbe dem Grafen des Morgens selbst erwidert hätte.“ Als Benedetti darauf zur Erörterung dieses zweiten Punktes eine nochmalige Audienz erbat, ließ der König ihm durch den Flügel-Adjutanten erwidern: „Se. Majestät müsse es entschieden ablehnen, in Betreff dieses Punktes sich in weitere Diskussionen einzulassen; was er heute Morgen gesagt, wäre Allerhöchstsein letztes Wort, und er könne sich lediglich darauf berufen.“

Am 14. wurde von diesen Vorgängen in den Zeitungen durch folgendes, auch den deutschen Regierungen und den norddeutschen Gesandten im Auslande mitgetheiltes, aus Ems datirtes Telegramm, eben die „Emser Depesche“, offiziös berichtet: „Nachdem die Nachricht von der Entsagung des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgetheilt worden, stellte der französische Botschafter in Ems an den König Wilhelm die Forderung, ihn zu ermächtigen, daß er nach Paris telegraphire, der König verpflichte sich für alle Zukunft niemals wieder zuzustimmen, wenn die Hohenzollern auf diese Kandidatur zurückkämen. Der König lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen: Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzutheilen.“

Darauf ließ die französische Regierung am 15. im Senat und in der Deputirtenkammer erklären, Frankreich sei durch die Weigerung des Königs, den Botschafter zu empfangen, beschimpft; es nehme den Krieg, den man ihm biete, auf.

Durchaus zutreffend bemerkt die „National-Zeitung“ hierzu: Nach den geschilderten Vorgängen wird auch heute niemand bezweifeln, daß man in Paris den Krieg wollte; im Falle einer Demüthigung Deutschlands, die ihn im Augenblick etwa verhindert hätte, wäre er etwas später herbeigeführt worden. Die Emser Depesche schilderte die vorangegangenen Ereignisse in einigermaßen abgekürzter Fassung, und dadurch in der That im Ton der „Fanfare“, die aber der Sachlage entsprach. Der Artikel in den „Hamb. Nachrichten“ scheint anzudeuten, der Kanzler habe auch am 14. noch ein demüthiges Nachgeben als möglich befürchtet und es verhindern wollen. Dies entspricht der schon damals verbreiteten Ansicht, daß er v. Werthers Auftreten in Paris für schwächlich und des Königs Verhalten in Ems für einigermaßen langmüthig gehalten. Solche Eindrücke mögen bei der Abfassung der „Emser Depesche“ im Spiel gewesen sein und die Erinnerung daran mag einen Antheil an dem obigen Artikel der „Hamb. Nachr.“ gehabt haben. Aber ohne die Emser Depesche wäre der Krieg ebenso gekommen, wie mit derselben. Zahlreiche Enthüllungen aus der Geheimgeschichte des Napoleonischen Hofes haben dies seitdem von französischer Seite bestätigt.

Leipzig, 15. November. (H. T. B.) Die „Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen heute einen längeren Artikel Hans Blums über die Entstehung, den Inhalt und die Folgen der Emser Depesche. Blum sagt, die Zurückweisung der infolge dieser Depesche gegen Bismarck gerichteten Anklagen sei eine Ehrenpflicht gegen Deutschland und eine Ehrenrettung Bismarcks, Moltkes und Roons. Blum giebt sodann eine Darstellung der Vorgänge, welche zu der Abfassung der Emser Depesche führten und die darin gipfelt, daß der Krieg von Frankreich provozirt worden sei. Der Wortlaut der Depesche sei bis heute noch nicht veröffentlicht. Blum konstatirt nun, daß Bismarck an der Depesche, bei deren Empfang Moltke und Roon anwesend waren, keinen Zusatz gemacht, und nur unwesentliches, oder zur Veröffentlichung nicht geeignetes gestrichen habe. Diese Streichungen wurden an der Original-depesche des Königs Wilhelm an Bismarck vorgenommen. Auch konstatirt Blum weiter, daß die vom „Berliner Kleinen Journal“ als echt bezeichnete, nicht redigirte Emser Depesche, die angeblich vom Prinzen Radziwill veröffentlicht worden sein soll, bereits am 20. Juli 1870 dem Reichstage von Bismarck mitgetheilt worden ist. Blum kommt zum Schlusse, daß die Emser Depesche die einzige war, die am 13. Juli 1870 Bismarck zugegangen ist, und daß durch die daran vorgenommene Redaktion der Krieg mit Frankreich keineswegs provozirt worden ist.

Das Apostolikum.

* **Berlin,** 15. November. Die hierher berufenen General-Superintendenten der preußischen Landeskirche haben heute ihre Berathungen über die Streitsache wegen des Apostolikums begonnen. Die Verhandlungen finden im Dienstgebäude des Oberkirchenrathes in Gemeinschaft mit dem Oberkirchenrathe und dem Generalsynodal-Vorstand statt. Wahrscheinlich werden sie mehr als einen Tag in Anspruch nehmen. Dem Vernehmen nach sind die General-Superintendenten vollzählig hier eingetroffen.

Der Erklärung des Kreissynodal-Vorstandes Kottbus vom 24. Oktober 1892, betreffend das apostolische Glaubensbekenntniß, sind noch beigetreten: Kruschwitz, Pf. in Werben. Noack. Chilla. Gierth, Pf. in Gr.-Gaglow. Hohmann. Waltz, Pf. in Madlow. Paulick. Bachmann.

Beschluß der Kreissynode Schlawe durch 20 Stimmen: Kreissynode hält es für ihre Pflicht, in dem durch Prof. Harnack begonnenen Kampfe unzweideutiges Bekenntniß abzulegen, daß die evangelische Kirche mit dem Worte Gottes, wie es in unseren Bekenntnißschriften gewerthet ist, steht und fällt.

Im Verlage von Wiegandt u. Grieben in Berlin ist soeben erschienen: Zum Kampf um das Apostolikum. Eine Streitschrift wider D. Harnack von Prof. D. Hermann Cremer zu Greifswald.

Deutsche Adelsgenossenschaft.

Die durch die antisemitische Bewegung hervorgerufene Sensations-Publizistik hat unter anderem eine Broschüre gezeitigt, in der die Behauptung erhoben wird, die Familie v. Treskow-Owinsk entstamme einem jüdischen Emporkömmling. Viele Mitglieder der genannten Familie gehören der deutschen Adelsgenossenschaft an; der unterzeichnete Vorsitzende erachtet sich daher für verpflichtet, zu erklären, daß die Herren v. Treskow-Owinsk den durch das Königliche Heroldsamt bestätigten Beweis erbracht haben, daß ihr Ahnherr ein Sohn des zu Halberstadt am 25. Juni 1767 verstorbenen Geheimraths Albert Sigmund Friedrich von Treskow, letzten Besitzers auf Milow war, den Namen seines Vaters trug und mit diesem und einem etwas abweichenden Wappen, durch König Friedrich Wilhelm II. am 14. Januar 1797 in den preußischen Adelsstand erhoben wurde.

Berlin. Der Vorsitzende der deutschen Adelsgenossenschaft Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf.

Sozialdemokratischer Parteitag Deutschlands

(Erster Tag.) eb **Berlin,** 15 November. Wie gestern Abend sind auch heut der Saal und die Galerieen dicht besetzt. Der Vorsitzende Singer eröffnet um 9¼ Uhr und begrüßt die anwesenden Genossen von Oesterreich, Holland und Schweden. Die Parteigenossen in Holland, England, Spanien, Paris, der Schweiz und anderen Ländern haben theils schriftliche, theils telegraphische Glückwünsche und Grüße gesandt; ebenso sind Grüße aus vielen deutschen und ausländischen Städten eingetroffen, auch von den revolutionären Genossen des 9. Bezirkes aus Wien.

Genosse Dr. Adler von dort begrüßt persönlich den Parteitag. Die Genossen beider Länder seien enger miteinander verknüpft, als die Regierungen durch diplomatische Verhandlungen. Zwischen den Arbeitern beider Länder liege kein Blut. Die österreichischen Arbeiter verdienen auch nicht den Vorwurf, zu gemüthlich zu sein. Sie leben in durchaus ungemüthlichen Verhältnissen und sind im Begriff, sich energisch aufzuraffen, wozu sie bereits sehr lebhaft rüsten. Das zeigen die Arbeitseinstellungen der letzten Zeit. Die Arbeiterbewegung in Oesterreich werde am 1. Mai eine große Kraftentfaltung zeigen. Ihre Bewegung ist eine soziale, weniger eine politische; denn politisch gehört Oesterreich zu Wien. Was auch der Parteitag beschließen werde, die Genossen Oesterreichs werden denen in Deutschland in allen Arbeiten und Kämpfen zur Seite stehen. Nicht nur unsere Regierung macht der deutschen alles nach, sondern auch die Arbeiterbewegung wirft von hier ihre Wellen nach dort. Auch wir haben eine Bewegung der Jungen und Unabhängigen; dennoch stehen wir als eine einzige kraftvolle Partei da. Es lebe die internationale Sozialdemokratie!“ — Die Versammlung stimmt ein.

Van Hoch aus Holland begrüßt den Tag mit einer fließend gelesenen Ansprache, in der er die Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung aller Länder betont. Er ist vom Zentralrath der sozialdemokratischen Partei in Holland abgeordnet. Redner bestreitet den revolutionären Charakter der Sozialdemokratie; denn nach ihrem friedlichen (?) Ziel sei sie zu beurtheilen, nicht nach ihren umstürzenden (!) Mitteln. Auch die Kampfgenossen des kleinen Holland werden im großen Kriege der Zukunft ihre Pflicht thun. Es lebe die internationale Sozialdemokratie! Nachdem auch dieser Hochruf verklungen, tritt die Versammlung in die Tagesordnung ein.

Cholera.

Thorn, 15. November. (H. T. B.) Zur Berathung von Maßregeln für den Fall, daß die Cholera im Frühjahr im Weichselgebiete wieder auftreten sollte, fand gestern auf dem hiesigen Landrathsamt unter dem Vorsitze des Staatskommissars für die Gesundheitspflege im Weichselgebiet Oberpräsidenten Dr. v. Goßler, eine Konferenz statt, an welcher Vertreter der Handelskammern, der Holzhandelsgesellschaften und verschiedener Behörden theilnahmen. Die Entscheidung der Behörde darüber, ob bei Eintreten der Choleragefahr die Grenze für die ausländischen Flößer zu schließen sei oder nicht, wird, wie Herr v. Goßler mittheilte, bald erfolgen, nachdem diese wichtige Angelegenheit noch auf Konferenzen in Bromberg und Danzig mit den dortigen Holzinteressenten verhandelt sein wird.

Theater und Musik.

— ck Das dritte Philharmonische Konzert fand wieder unter Hans Richters Leitung statt. Der Wiener Meister ist uns doch bei weitem lieber, als sein Berliner Kollege Mascknowski, schon der musterhaften Ruhe wegen, mit der er dirigirt und schließlich mehr erreicht, als Mascknowski mit seiner übertriebenen Beweglichkeit. Daß wir verwöhnt geworden wären, können wir trotzdem nicht sagen; Herr Richter ist ein zu einseitiger „Neudeutscher“, um der älteren Musik überall gerecht werden zu können, er malt mit dem groben Freskopinsel auch da, wo Miniaturmalerei am Platze wäre, und da fehlt es denn oft an der nöthigen feinen Ausarbeitung. Der im ganzen tüchtige Zug, der durch die Ausführung des Programms ging, erlitt hierdurch erhebliche Einbuße. Am besten gelang das Parsifal-Vorspiel, obwohl es entschieden zu langsam genommen wurde, ferner der geheimnißvolle Mittelsatz in der Ouverture zu „Euryanthe“. Liszts erster Mephistowalzer (nach Lenaus Faust) ein höchst originelles Stück, voll derben Realismus, sinnlicher Gluth und üppiger Phantastik, war eine virtuose Leistung, ging aber ziemlich spurlos vorüber. Auch uns hat es in der Klavierbearbeitung stets besser gefallen, da das Orchester sich doch nicht so eigenwillig leiten läßt, wie das Klavier unter den Händen eines geschickten Spielers und dies ist für das Stück eine Hauptbedingung. Von Schumanns D-moll-Sinfonie gilt das vorher erwähnte ganz besonders, es fehlte die feine Herausarbeitung. Solist des Abends war Herr Reisenauer, der durch sei vorausgegangenen drei Klavier-Abende im Bechsteinschen Saale für uns den Beweis keineswegs erbracht hatte, daß er zu den hervorragenden Pianisten gehöre. An anderer Stelle mögen diese drei Klavier-Abende anders gewirkt haben, kurz — Herr Reisenauer erschien, spielte Mozarts D-moll-Konzert und zwei Lisztische Uebertragungen Schubertscher Stücke (den „Lindenbaum“ und den vierhändigen H-moll-Marsch) und errang sich einen glänzenden Mißerfolg. Die Mozartsche Musik ist unseren „Modernen“ ein mit sieben Siegeln verschlossenes Buch, auch Herrn Reisenauer; wir wollen ihm aber alle hier begangenen Sünden aus zwei Gründen verzeihen: Er änderte an dem Mozartschen Klaviersatze nicht eine Note und brachte in den Kadenzen keine moderne Technik an. Den Respekt, den er hierdurch dem großen Meister bewiesen hat, rechnen wir ihm (nach sehr bösen anderwärts gemachten Erfahrungen) so hoch an, daß wir das fehlende Verständniß für das Werk mit dem Mantel der Liebe zudecken wollen. Dieser Mantel reicht aber nicht aus, um auch die unglückliche Wahl der beiden anderen Klavierstücke zu bedecken; beide Uebertragungen gehören zu Liszts unglücklichsten Werken, ganz abgesehen davon, daß in einem solchen Konzerte wohl Originalstücke hätten gespielt werden können, und Herr Reisenauer that nichts, um durch seinen Vortrag den Mangel abzuhelfen. Ueber das furchtbare Gepolter im ... te sich selbst das elektrische Licht und drehte den Saal ... licklicherweise ging es noch einmal ohne weiteren Unfall ... al war, obwohl man die Stuhlreihen ziemlich weit... t hatte, durchaus nicht vollbesetzt, diesen Anblick werden ... n, wenn Bulow wieder auf seinem gewohnten Platze

Berliner Zuschauer.

Berlin, 15. November.

— n Se. Maj. der Kaiser besuchte am Sonnabend Nachmittag das Atelier des Bildhauers Johannes Röttger, Großbeerenstraße 60, um die von diesem angefertigten äußeren Verzierungen Sr. Maj. Panzerschiff „Weißenburg“ in Augenschein zu nehmen. Der Kaiser verweilte über eine halbe Stunde in dem Atelier und sprach Herrn Röttger seine volle Anerkennung aus.

— n Auch im laufenden Winterhalbjahr werden im großen Saale des Stadtmissionshauses, Johannisstraße 6, an jedem Donnerstag Abend 8½ Uhr durch Hofprediger a. D. Stöcker religiöse Versammlungen abgehalten werden. Die erste findet am nächsten Donnerstag, Abends 8½ Uhr statt. Thema: „Unsere Todten“.

— n Der Landgerichtsdirektor a. D. Rudolf Humbert ist nach längerem Leiden am Sonntag in Tempelhof gestorben.

— l. Der neue Direktor des Moabiter Zellengefängnisses, der aus Brieg herberufene Direktor Zilligus, hat sein neues Amt angetreten.

— n Die hiesige Grote'sche Verlagsbuchhandlung veröffentlicht eine „Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller.“ Von dieser ist in zweiter Auflage erschienen „Unter drei Kaisern. Malerfahrten von Hermann Lüders. Mit 221 Illustrationen vom Verfasser. 2 Bände.“ Der Verfasser nennt sein schönes Buch selbst „Früchte einer langjährigen Thätigkeit als Mitarbeiter verschiedener illustrirter Zeitungen.“ Er hat als Berichterstatter zahlreichen denkwürdigen Ereignissen gerade der glorreichen Epoche unserer Geschichte beiwohnen können und hat mit dem offenen Auge des Malers beobachtet. Nach verhältnißmäßig kurzen „Jugenderinnerungen“, Bericht über einen „Aufenthalt in Ungarn“, „Kriegserinnerungen“ (1866) folgen „Manöverfahrten aus der Zeit Kaiser Wilhelms I.“ (152—214), „Von Kaiserjagden“, „Das erste Mal über die Alpen“, „Die Dreikaiser-Zusammenkunft in Skierniewice“, „Die Reise des Kronprinzen nach Spanien und Rom“, „Die Feier der Einweihung des Hermanns-Denkmals auf der Grotenburg“, „Die Feier der Vollendung des Kölner Doms“, Badische Festtage“, „Das Niederwald-Denkmal“, „Johanniterfeier in Sonnenburg“, „Palaisbilder, meist aus der Zeit Kaiser Wilhelms I.“, „Aus der letzten Lebenszeit des Kaisers“, „Die Tage der Regierung Kaiser Friedrichs“, „Die Kaiserreise nach Petersburg“, „Die Kaiserreise nach Rom und Neapel“ und „Die Zollhafenweihe in Hamburg“, „Die Reise nach Konstantinopel und Athen“, „Bismarckisches“, „Aus jüngster Zeit“. — Die gut ausgestatteten mit den charakteristischen Zeichnungen des Verfassers illustrirten Bände können warm empfohlen werden.

— n Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, ist auch an den Amtsvorsteher eines Berliner Vorortes eine Verfügung seitens des Landrathes des Kreises Niederbarnim erlassen worden, ein Exemplar der in jenem Vororte eingeführten israelitischen Religionsbücher umgehend einzusenden. Der jüdische Lehrer wurde von dem Amtsvorsteher aufgefordert, die verlangte Schrift „Jüdisches Religionsbuch von Herxheimer“ und die von dem Deutsch-israelitischen Gemeindebunde herausgegebenen „Grundsätze der jüdischen Sittenlehre“ einzureichen. (Die Anordnung beruht, wie schon aus dem Wortlaut der Verfügung der Arnsberger Regierung sich ergab, auf einem Erlasse des Kultusministers.)

— n Soeben gehen uns die Aushängebogen einer Schrift von Frau Dr. Minna Wettstein-Adelt zu: 3½ Monate Fabrikarbeiterin. Eine praktische Studie von Frau Dr. Minna Wettstein Adelt. Verlag von J. Leiser. Berlin (Barnimstraße 20). — Ganz wie Göhre hat Frau Dr. Wettstein-Adelt in Chemnitz als Arbeiterin in vier verschiedenen Fabriken gearbeitet. Ihr Mann Dr. jur. Oskar Wettstein-Adelt hat ihr bei dem Unternehmen als Schutz hinter den Kulissen zur Seite gestanden. Wir können nicht finden, daß ihre Broschüre Neues zur Kenntniß der sozialen Verhältnisse der Arbeiterinnen bringt. Die Verfasserin — ob eine Jüdin, wissen wir nicht —, ist voll grimmen Hasses gegen die „Pfaffen“ und Christenthum; den Arbeiterinnen hat es „sehr gefallen“, daß Frau Dr. Wettstein ihnen sagte: „Die Bibel ist eine alte Chronik mit ebenso viel rührend schönen als für den Menschenverstand schädlichen Stellen“. Die ganze Art, wie sich Frau Dr. Wettstein als Reformatorin des weiblichen Geschlechts giebt, kann nur abstoßend wirken.

— n In einer überraschend schönen Ausstattung erschien in seinem XIX. Jahrgange A. Haacks Damen-Kalender. Es ist ein zierlicher Band in durchbrochener Elfenbein-Imitation mit Goldschnitt, der dem Almanach ein ebenso originelles als schönes Gepräge verleiht. Der Erzählung „Ein Elfenkind“ ist ein reizendes Titelbild beigegeben. Aber auch die Einrichtung des Jahres- und Notiz-Kalenders mit Visitenkartentasche u. s. w. ist eine so praktische, daß bei einem Preise von 2 M. das Büchelchen als ein schönes und billiges Geschenk für Damen zum Weihnachts- und Neujahrsfeste empfohlen werden kann.

— n Bekanntlich sind Prozeß-Vollmachten wie alle anderen Urkunden stempelfrei, wenn sie einen Gegenstand betreffen, dessen Werth nach Gelde geschätzt werden kann und den Betrag von 150 M. nicht erreicht; doch muß dies, wie das Kammergericht in ständiger Rechtsprechung angenommen hat, aus dem Inhalte der Vollmacht selbst klar und bestimmt hervorgehen. Auf Grund dessen hat das Kammergericht, wie die „Blätter für Rechtspflege“ mittheilen, neuerdings eine Prozeß-Vollmacht, in der als Gegenstand des Prozesses eine Forderung von „18 M. und Zinsen“ angegeben war, wegen der Möglichkeit, daß die Zinsen mehr als 131 M. betragen, für stempelpflichtig erklärt.

— n Zweiunddreißig Studirende sind wegen Ablaufs ihrer Matrikel im Album der Universität gestrichen worden; es sind 2 Juristen, 5 Mediziner und 25 Angehörige der philosophischen Fakultät.

— n In der Ahlwardtschen Strafsache wegen Beleidigung Kühnes und Löwes ist der „Staatsb.-Ztg.“ zufolge Termin zur Hauptverhandlung auf den 23. November Vormittags 9½ Uhr, und für die folgenden Tage bei dem Landgericht I., Strafkammer II., zu Berlin, Alt-Moabit 11, eine Treppe, Saal 64, angesetzt.

— n Die neue Brücke im Zuge der Paulstraße ist gestern Vormittag dem Verkehr übergeben worden.

— l. Der neue Begräbnißplatz, den sich die Dorotheenstädtische Gemeinde in Reinickendorf auf dem dem Tegeler Chausseehause gegenüberliegenden Grundstücke Scharnweberstraße 1 anlegt, ist vollständig eingezäunt. Man hofft noch vor Eintritt des Frostes mit der Anlage der Hauptwege fertig zu werden.

— n Die von uns gleich bezweifelte Geschichte von dem Fünfstunden-Schnellzug zwischen Frankfurt a. M. und Berlin ist, dem „B. T.“ zufolge, wohl auf eine Probefahrt zurückzuführen, die allerdings, jedoch zu einem ganz anderen Zwecke, von Frankfurt a. M. nach Berlin unternommen worden ist. Es sollte bei dieser Fahrt die Leistungsfähigkeit der neuen Maschine bei Fahrten von 2 bis 2½ Stunden ohne Aufenthalt festgestellt werden. Der betreffende Zug ist am Abend des 10. Nov. um 7 Uhr 37 Min. von Frankfurt über Leipzig auf dem Bahnhofe „Charlottenburg“ eingetroffen und am nächsten Mittag nach Frankfurt zurückgedampft. Er hatte die Strecke in acht Stunden zurückgelegt.

— n Bis Ende März k. Js. werden in bestimmten Eilgüter- und Güterzügen der Strecken Berlin-Röderau, Berlin-Elsterwerda, Berlin-Bitterfeld-Leipzig, Berlin-Halle bis Bebra und Kassel, Leipzig-Zerbst-Magdeburg geheizte Wagen laufen, die zur Beförderung frostempfindlicher Stückgüter (Blumen, Sämereien, Obst, Südfrüchte, Drogen, Chemikalien, Fleischwaaren, Hefe, Eier, flüssige Farben, Bier, Spirituosen, Wein, Schaumwein, Mineralwasser, Milch, Brot, Back-, Teig- und Zuckerwaaren, Kartoffeln, Gemüse und andere Feldfrüchte) dienen sollen. Eine besondere Gebühr wird nicht erhoben. Die Beförderung findet auf ausdrücklichen mündlich oder schriftlich bei der Güterabfertigungsstelle angebrachten Wunsch der Versender statt, soweit der Laderaum und die Betriebsverhältnisse es gestatten. Eine Verantwortlichkeit wird von der Eisenbahn-Verwaltung nicht übernommen. Frachtbriefvorschriften, welche die Beförderung des Gutes in geheizten Wagen verlangen, sind unzulässig.

— n Der Pariser Ausgabe des „New-York Herald“ wird aus New-York telegraphirt, daß der Berliner Korrespondent dieses Blattes, Meltzer, ein Deutsch-Russe, aus Berlin ausgewiesen worden sei. Meltzer sei auf einen anderen Posten geschickt worden. An seiner Stelle werde Stanhope, der durch seine Cholera-Erlebnisse bekannte Herr, von Hamburg nach Berlin kommen und ebenso unbeeinflußt wie Meltzer das übermitteln, was er erfahre. Sollte auch Stanhope ausgewiesen werden, so würde ein Dritter kommen und wieder durch einen Vierten abgelöst werden, bis es entweder keine Korrespondenten in der Union mehr gebe oder Graf Caprivi aufgehört habe, Reichskanzler zu sein. — Wie jetzt verschiedene Blätter melden, ist Meltzer überhaupt gar nicht ausgewiesen worden, sondern hat Berlin freiwillig verlassen.

— l. Das alte Stadtvogteigefängniß am Molkenmarkt wird erweitert, um neue Räume für die von Jahr zu Jahr wachsende Zahl der Gefangenen zu gewinnen. Zahlreiche Maurer und Zimmerer sind beschäftigt, dem Hauptgebäude, das bisher nur zwei Stockwerke hatte, ein drittes Stock aufzusetzen; die Arbeiten sollen so gefördert